

Bezugsbedingungen und Einzelnepreise sind in der Morgenausgabe angegeben.
Rebation: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Das Volksbegehren vorm Reichstag.

Eine Vorlage des Innenministers.

Amfisch wird gemeldet: Nachdem der Reichswahlleiter am 19. April den Reichsminister des Innern das Ergebnis des Eintragungsvorfahrens beim Volksbegehren des Volksscheidgesetzes mitgeteilt hat, hat der Reichsminister des Innern heute dem Reichskabinett wegen Einbringung des begeherten Gesetzentwurfes beim Reichstag eine entsprechende Vorlage gemacht.

Enteignung der Fürsten.

Eine Etappe im Kampf um das Volksrecht.

Heute nachmittag tritt von neuem der Rechtsausschuss des Reichstages zusammen. Das Fürstentkompromiß der Regierungsparteien, das vor der Kanzlerreise nach München zustandekam, liegt ihm vor. Es soll der endgültige, nach wochenlangen Beratungen, unter dem moralischen Druck des Volksbegehrens zustandekommene Entwurf des Kabinetts sein. So findet sich die Reichsregierung endlich bereit, zu erklären, ob sie ihr eigenes Erzeugnis für verfassungändernd hält oder ob es mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann. Das Luther-Kabinett ist sich schlüssig geworden: heute nachmittag wird es im Rechtsausschuss erklären, daß es die qualifizierte Mehrheit für das Kompromiß für notwendig hält.

Das ist nicht die einhellige Meinung der Regierung. Sie ist in der letzten Kabinettsitzung nur mit einer einfachen Mehrheit zustande gekommen. Der kleinere Teil der Minister, unter Führung des Innenministers, stimmte dagegen, der größere Teil, beeinflusst weniger vom Reichsjustizminister als von seinem Staatssekretär Joel, stimmte dafür. Der Chef der Bureaucratie des Reichsjustizministeriums hatte schon mehrfach geäußert, das Kabinett werde sich seiner Ansicht anschließen. Die Bureaucratie hat im Kabinett gefordert: die Verfassung soll reaktionär ausgelegt, dem Volke soll kein Recht genommen werden.

Klar und unmissverständlich bestimmt die Verfassung der Republik: „Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“. Das Eigentum wird zwar gewährleistet; aber sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus dem Gesetze. Eine Enteignung darf nicht willkürlich vorgenommen werden; eine gesetzliche Grundlage ist nötig. Dies Gesetz kann bestimmen, daß keine Entschädigung erfolgt. Es kann ebenso bestimmen, daß der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten über die Höhe der Entschädigung ausgeschlossen wird. Die Enteignung muß „zum Wohle der Allgemeinheit“ erfolgen. Ein einfaches, mit einfacher Mehrheit im Reichstag anzunehmendes Gesetz genügt also für jeden unbefangenen Betrachter, um entschädigungslos, und unter dem Ausschluß des Rechtsweges zum Wohle der Allgemeinheit zu enteignen.

Auch die Rechtsprechung verdunkelte bisher nicht den klaren Sinn der Verfassung. Wir veröffentlichten bereits vor einigen Wochen ein Reichsgerichtsurteil, wonach die entschädigungslose Enteignung der Privilegien der Abbeder rechts-

gültig war. Das betraf einen engen Personenkreis. Er wurde zum Wohl der Allgemeinheit enteignet. Aber auch ein Großteil des Volkes selbst hat gespürt, daß die entschädigungslose Enteignung nicht verfassungsändernd, sondern daß sie im Sinne der Verfassung sei. In seiner Entscheidung vom 4. November 1925 hat das Reichsgericht über das Aufwertungsgesetz — das die Enteignung durch die Inflation rechtsgültig machte — erklärt:

„Zur Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern und in der Steuerwirtschaft war eine sofortige und klare, abschließende Regelung der Aufwertungsfrage unbedingt geboten; diese schien ohne eine Schematisierung der Aufwertung zur Erreichung des erstrebten Zieles nicht möglich. Die Herstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern dient dem Wohle der Allgemeinheit, und eine zu diesem Zweck vorgenommene Enteignung kann daher nicht als unzulässig angesehen werden. Ob der mit dem Gesetz erstrebte gemeinnützige Zweck in dem erhofften Umfang tatsächlich erreicht wird, ist ohne Belang. Wesentlich für die Zulässigkeit einer Enteignung kann immer nur sein, daß ein dem Wohl der Allgemeinheit dienender Zweck erstrebt wird und wenigstens teilweise erreichbar erscheint.“

Und ähnlich erklärt die Rechtswissenschaft — so z. B. der der Wirtschaftspartei angehörende Professor Bredt: Durch die Verfassung ist es gesetzlich „möglich, das gesamte Privateigentum zu enteignen, ohne jegliche Entschädigung; nicht einmal eine qualifizierte Reichstagsmehrheit ist notwendig zu einer derartigen Maßnahme.“

Die Verfassung in ihrem klaren Wortlaut, das Reichsgericht in seinen grundlegenden Urteilen, die Wissenschaft sogar in rechtsgerichteten Vertretern, sie erklären einhellig, daß die entschädigungslose Enteignung durch einfaches Reichsgesetz erlaubt sei, solange sie „zum Wohl der Allgemeinheit“ vorgenommen wird. Die Bureaucratie des Reichsjustizministeriums freilich soll erklärt haben, daß der Zweck des Gesetzes nicht deutlich erkennbar sei, daß es keine Begründung enthalte, daß das vom Reichsgericht geforderte Ziel der Förderung des Allgemeinwohles nicht ersichtlich sei!

Wollen sich wirklich Parteien des Reichstages von der Bureaucratie die Ansicht aufreden lassen, daß sie nicht „zum Wohl der Allgemeinheit“, sondern daß sie willkürlich, aus Rachsucht gegen die Fürsten, einen Gesetzentwurf im Reichstage einbringen? Sollten nicht selbst bürgerliche Parlamentarier die Rechte des Reichstages gegen die Bureaucratie besser wahren wollen?

Erklärt sich eine Reichstagsmehrheit damit einverstanden, daß das Fürstentkompromiß verfassungsändernd sei, dann gesteht sie, daß sie willkürlich, daß sie aus Ressentiment, daß sie nicht zum Wohl der Allgemeinheit handelt. Jedes Parlament, jeder Volksvertreter nimmt und muß das Recht in Anspruch nehmen, zum Wohl der Allgemeinheit zu handeln — er muß dieses Recht in Anspruch nehmen, sonst handelt er gegen den demokratischen Parlamentarismus, sonst gibt er sich selbst auf.

Eine Drohung für Europa.

„Uebermenschliches“ aus Mussolinien.

Lugano, 18. April.

Den Faschismus freut es, wenn man ihn als eine Drohung für Europa bezeichnet. Da er im eigenen Lande erfährt, wie sehr ein Volk seiner Beglückung durch den Faschismus widerstrebt, sieht er auch in der Abneigung der anderen Staaten gegen sein Regime nichts als die Angst der bloßen Völker vor dem italienischen Uebermenschen, der sie auf die Höhen der Geschichte führen oder sie doch als Stufen für seinen Aufstieg verwerten will. Schreibt da ein römisches Leibblatt Mussolinis: „Wir haben immer auf der Gegenfront Hasen gehabt, die um halenhafter wurden, je stärker wir dreinschlügen. Und das ist so, weil man als Held oder intelligenter zur Welt kommt, wie man als Feigling und Trottel geboren wird. Und bis jetzt hat das italienische Volk noch nicht feinesgleichen gefunden.“ Dem italienischen Uebermenschen ist somit in der Weltgeschichte ein rosiges Los geworden: er braucht nicht den Menschen, er braucht nur den Hasen zu überwinden.

Es ist nicht verwunderlich, wenn die meisten Leute in Europa und Amerika der Ansicht sind, daß der Faschismus von dem Niedfall seines Größenwahns aus nur seinem eigenen Lande gefährlich werden könne. Wir halten diese Auffassung nicht für berechtigt. Arturo Labriola hat einmal von dem heutigen Italien gesagt, daß die Alpen es von Europa trennen und das Meer es mit dem Balkan vereinigt, und wir alle wissen nur allzu gut, wie viel Kriegsanlässe Europa gerade aus dem Balkan erhalten hat. „Blut“ tragen, sie liegt nicht in der Großschnauzigkeit nach Afrika fahrenden Panzerlöwen, die den „Cäsar und sein Blut“ tragen, sie liegt nicht in der Großschnauzigkeit nach außen, sondern in der inneren Lage, die durch die wachsende Spannung zu einer Entladung nach außen drängt. Das abwechselnde Gebrüll „nach Paris“ und „nach Berlin“ macht noch nicht den Krieg, aber das Interesse der herrschenden Clique, ihre Scharen über die Grenze zu führen, ehe sie das Land und einander zerfleischen, kann zum Kriege drängen.

Um ihn zu rechtfertigen, ist es zur Regel geworden, auf die „demographische Spannung“ hinzuweisen. Italien hat 4 Millionen mehr Einwohner als Frankreich und ein Territorium, das wenig mehr als die Hälfte des französischen umfaßt; zum Ueberflus nimmt es jährlich um 400 000 Seelen zu und besitzt keine Siedlungskolonien. Es handelt sich um annähernd die gleichen demographischen Verhältnisse, die das Deutsche Reich aufweist und deren Ernst niemand besser verstehen kann als gerade die Deutschen, die auf ihrer Seite doch den Vorteil einer älteren und höher entwickelten industriellen Organisation haben.

Diese Sachlage hat der Faschismus weder geschaffen und entdeckt, wohl aber droht er, sie dadurch zu verschärfen, daß er die italienischen Auswanderer unbesiegt und gefürchtet macht, weil sie Fesseln des italienischen Gewaltregimes in ausländischen Staaten zu überpflanzen droht. Wohl möchte der Faschismus die im Lande immer wieder zutage tretenden Erzesse, soweit sie sich nicht verschweigen lassen, damit erklären, daß dem Italiener heute die zum Leben nötige Ellbogenfreiheit fehlt, aber das sind Flausen und nichts weiter.

Die wirkliche Situation in Italien ist die, daß im Lande ein Zustand der Rechtlosigkeit herrscht, bei dem die Gerichte und die Polizeibehörde nicht die Handlanger des Gesetzes, sondern der Willkür sind. Auf die Blutaten vom 3. Oktober in Florenz ist bis heute keine gerichtliche Abhandlung gefolgt, die Verwüster und Plünderer sind fast alle freigesprochen worden, nur einige haben eine minimale Strafe erhalten. Die neuen Gewaltakte, die sich an das Attentat anschlossen, beschränkten sich keineswegs auf die aus Rom gemeldeten Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüche. In Mailand und Genua hat man viel schlimmer gehaust, in Mailand wurde Genoffe Schiavello durch Knüttelhiebe verwundet, in Genua sind mehrere Verwundete zu beklagen, unter ihnen der Genoffe Striglia von der Redaktion des „Lavorno“, dessen Zustand Besorgnis erregt. Die Polizei erklärte, sie werde gegen die Urheber vorgehen, die zum großen Teil bekannt sind, aber der Sekretär des Fascio von Genua hat seinen Leuten versprochen, sich zu ihren Gunsten an hoher Stelle zu verwenden!

Das gelegentliche Aufflackern von Gewalttaten hat an sich keine große politische Bedeutung. Dagegen ist die systematische Straflosigkeit dieser Gewalttaten, von der Farce des Matteotti-Prozesses zu dem Nichteingreifen der Gerichte bei dem Anschlag, der dem Abgeordneten Amendola das Leben gekostet hat, von eminenter politischer Tragweite. Die Richtung, die die Stärke des Faschismus nach dem Maße der Gesetzwidrigkeiten bemißt, die er sich leisten kann, hat heute mehr als je die Oberhand im Lande. In Zeiten strengster Zensur darf eine faschistische Zeitschrift gelegentlich einer Rede des (seinerzeit der Reichs-)schulden an der Ermordung Minzonis angeklagten) Unterstaatssekretärs Balbo schreiben: „Hier wird zum erstenmal offiziell für Mussolini die Patenschaft beansprucht für jene Maßnahmen, wie die Verteilung der Waffen an die Kasernen der Legionen und die Konzentration der Miliz in den strategischen Gebieten des Povals und des Patiums.“ Diese Worte beziehen sich auf die Aufstellung der Waffen des italienischen Heeres unter die Faschisten, um das Regime nach

Gegen den Prahlhans Mussolini.

Angriffe im amerikanischen Senat.

London, 20. April. (W.T.B.) Einer Neutermeldung aus Washington zufolge bildete Mussolini gestern wieder das Ziel eines Angriffs im amerikanischen Senat. Der demokratische Senator Walsh erklärte, die Tripolisfahrt des italienischen Premiers „trage von kriegerischer Prahlerei“. Mussolinis „Trompetengeschmetter“ sei ein Ruf zu Eroberung und Angriff, nicht zur Verteidigung. Die Annahme der italienischen Schuldenregelung würde lediglich Mussolini, dem obersten Diktator, helfen, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, so daß er einen neuen Krieg vom Zaune brechen oder so lange prahlen könne, bis die Angst vor einem solchen Plan allgemein sei.

Vorfragen des Marokkofriedens.

Gefangenentausch und Preisgabe strategischer Stellungen gefordert.

Paris, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine von der effizienten Haas-Agentur veröffentlichte Mitteilung gibt ein etwas anderes Bild von den am Sonntag geführten Verhandlungen zum Abschluß des Friedens in Marokko, als sich aus den bisher vorliegenden Privatmeldungen ergab. Die französischen und spanischen Delegierten sollen an die Riffabnen zwei Forderungen gerichtet und ihre sofortige Durchführung verlangt haben. Es handelt sich dabei um gegenseitigen Gefangenenaustausch und um das Vorrücken der spanischen und französischen Front an gewissen Punkten. Sobald diese Bedingungen von den Riffabnen ausgeführt worden seien, könnten die Verhandlungen über die weiteren spanisch-französischen Bedingungen beginnen, nämlich über die Anerkennung der Souveränität des Sultans, die Entfernung Abd el Krims, die Entvölkerung der Riffstämme und die Organisation der Verwaltung des Riffs.

Die Vertreter Abd el Krims sollen sich bereits erklärt haben, die letzte vier Bedingungen als Basis für die Verhandlungen anzusehen, jedoch glaube man hier, daß die Verbannung Abd el Krims erhebliche Schwierigkeiten hervorrufen würde. Hingegen sollen die Vertreter er abgelehnt haben, den Abschluß des Waffenstillstandes durch Austausch der Kriegsgefangenen und Auslieferungen gewisser strategischer Punkte an die Franzosen und Spanier zu er-

kaufen. In einer der französischen Presse überreichten Erklärung der Vertreter des Riffs heißt es, daß die Annahme der erwähnten zwei Vorbedingungen nicht in Betracht komme. Eine Rückfrage bei Abd el Krims sei erforderlich geworden. Die Vertreter des Riffs fügten hinzu, daß sie persönlich der Ansicht seien, daß diese Bedingungen niemals angenommen würden, falls die Franzosen und Spanier keine Konzessionen machten. Ein Delegierter Abd el Krims ist am Montag mit dem Flugzeug zu Abd el Krims gefahren und wird Dienstag abend die Antwort Abd el Krims bereits nach Ubdja zurückbringen.

Der Zug zum Bürgerblock.

Die Deutschnationalen sollen die Initiative ergreifen.

Die „Tägliche Rundschau“ wendet sich an die Deutschnationalen, um sie aufzufordern, die Initiative zur Schaffung eines neuen Rechtsblocks zu ergreifen:

„Man orakelt in linksradikalen Kreisen viel davon, daß sich Bestrebungen geltend machen, die gegenwärtige Regierungskoalition zu einer bürgerlichen Regierung auszugestalten. Doch wir die Politik, die zum Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung führte, gebilligt haben, weiß jedermann, ebenso daß wir das Zerbrechen dieser Politik durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierungskoalition bedauert haben. Gegenwärtig aber stehen die Dinge so, wie sie Minister Dr. Scholz wiederum in seinem Artikel geschildert hat, nämlich die Deutschnationale Volkspartei sich nicht zu wundern braucht, wenn durch ihr Verhalten die anderen bürgerlichen Parteien zu einem Kompromiß mit der Sozialdemokratie gezwungen werden. Es liegt bei den Deutschnationalen, ob sie die Initiative ergreifen wollen, um eine Aenderung dieser Politik herbeizuführen. Dazu gehört ein rückhaltloses Bekenntnis zur gegenwärtigen Außenpolitik, dazu gehört, daß sie die Lothet wieder aufnehmen, mit der sie sich den Wiedereintritt in die Regierung dadurch verschert haben, daß sie die bestehenden internationalen Verträge als rechtswidrig zustande gekommen bezeichnet haben.“

Der Alarmruf des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ gegen die Rechtstendenzen in der Koalition ist wohlbegründet. Die Volkspartei nimmt ihre altgewohnte Tätigkeit der Krisenfabrikation wieder auf. Wir haben auch lange schon keine Regierungskrise mehr gehabt...

der Ermordung Matteottis zu schützen. Es ist längst bekannt, daß diese Aufstellung nicht an die Miliz, sondern durch die Miliz an alle Faschisten erfolgte, also eine Handlung darstellt, die nach dem Strafgesetzbuch schreit, denn es wurde Eigentum des Staates auf Befehl eines Ministers an die Parteigänger des Ministers verteilt. Solcher Dinge rühmt man sich heute!

Freilich ist die Schule des Bürgerkrieges, wie sie die italienischen Faschisten absolvieren, keine gute Vorschule des wirklichen Krieges, denn die Gewohnheit, einen Freibrief zum Ueberfallen Waffenloser zu haben, stählt nicht gerade zur wirklichen Gefahr. Aber die Drohung, die der Faschismus bedeutet, liegt gar nicht in der Unterjochung der Welt durch seine Legionen, sondern lediglich darin, daß er in das vielgeplagte Europa wieder einmal die Kriegsfackel schleudert. Deshalb wenden die Nationalisten und die Schwerindustriellen aller Nationen ihre Hoffnungen auf den italienischen Faschismus, sondern die Verheißung des Krieges, ihrer Erntezeit.

Der Faschismus ist trotzdem nicht nur ein Reservoir von Kriegsgelassenheiten. Er ist nicht als Weltbeherrscher, aber als Weltverwüster und Weltverunklärer zu fürchten. Von weltberührenden Epochen hat er nur die Nachkänge: die Diabolen, die sich schon heute über die Nachfolge eines noch zu gründenden Imperialismus, das ein noch lebendiger Imperator hinterlassen soll, in den Haaren liegen: die Farinacci und Rocco, die Federzoni und Balbo. Damit diese Hunde sich nicht ineinander verbeißen, will Mussolini ihnen einen Tummelplatz außer Landes verschaffen. Das heißt dann: Italien die Wege zur Weltmacht weisen...

Zweierlei Recht.

„Schwarze Reichswehr“-Offiziere und die anderen.

Das Gericht hat dem früheren Oberleutnant v. Senden und dem früheren Hauptmann Suttnecht eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zugesprochen. Beide waren, wie erinnerlich, der Mittäterschaft oder Anstiftung der Fememorde beschuldigt, sind aber im Geheimverfahren von der Bombe-Kammer freigesprochen worden. Daß viele, die den Freispruch durch die Presse erfuhren, ihn für unberechtigt halten, sei nur nebenbei erwähnt. Aber es bestand doch wohl kein Zweifel, daß sie des Delikts während ihrer Untersuchungshaft „dringend verdächtig“ erschienen. Trotzdem sollen sie eine Entschädigung erhalten, die wahrscheinlich nicht gering bemessen wird. Senden verlangt außerdem noch Ersatz seines im entgangenen Gehalts, weil er zunächst seine Stellung beim Landbund verloren hatte. Die „Schwarzen“ sind also anspruchsvoll nach Agrariermethode.

Die Gerichte sind freilich nicht immer so freigebig wie in diesem Falle der putschistischen Offiziere. Sie pflegen vielmehr berechnete Ansprüche für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vielfach leichten Herzens abzuweisen. Ein Beispiel für viele:

Ein Berliner Kaufmann, der als Soldat im Felde seine Pflicht tat, wurde im September 1915 durch Lungen- und Brustschmerz verwundet und geriet in französische Gefangenschaft. Im Gefangenenlager wurde er als Dolmetscher verwendet. Zweimal unternahm er Fluchtversuche, wurde aber angehalten und zweimal in Frankreich bestraft. Einmal wurde er außerdem disziplinarisch mit 30 Tagen strengen Arrestes belegt, weil er seine Kameraden veranlaßt hatte, Munitionsarbeit für die Franzosen zu verweigern. Nach fünfjähriger Gefangenschaft wurde er aus Frankreich ausgewiesen durch ein Dekret des damaligen französischen Innenministers Sieeg, und zwar wegen „Spionageverdachts“.

In die Heimat zurückgekehrt, fand unser Mann Stellung als Bantbeamter und war zufrieden, nach vieler Mühe eine gesicherte Position gefunden zu haben. Am 26. Januar 1921 wurde er plötzlich von deutschen Kriminalbeamten in Haft

genommen, weil er angeblich „Kriegsverrat“ begangen hatte. Es stellte sich heraus, daß einige Offiziere und Fähnriche ihn denunziert hatten, weil er sich bei den Franzosen beliebt gemacht und von diesen Vergünstigungen erhalten haben sollte. Tatsächlich wurde der Mann in Haft behalten, aber nach viermonatiger Untersuchungshaft von der 7. Strafkammer des Landgerichts I auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen. Sein Antrag auf Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft wurde aber vom Gericht abgelehnt mit der Motivierung, daß er „zur Zeit der Haft der Tat dringend verdächtig war“. Er hatte seine Stellung verloren, die Kosten für die Verteidiger zu tragen und hatte sich monatelang des schmachlichsten Verdachts erwehren müssen. Entschädigung gab es nicht.

Es kam aber noch besser. Acht Monate nach dem Freispruch wurde derselbe Mann auf Anordnung des Reichsgerichts abermals in Haft genommen. Diesmal wollte man ihn wegen „Vandenserrats“ prozessieren, weil er während des Krieges vom Gefangenenlager aus pazifistische und antimonarchistische Artikel veröffentlicht habe. Trotzdem er gleich bei seiner ersten Vernehmung am 19. September 1922 darauf hinwies, daß auf seine Handlungen während des Krieges das Amnestiegesetz angewandt werden müsse, wurde er sechs Monate lang in neuer Haft behalten, dann erst gegen eine Kaution von einer Million Mark (damals noch viel Geld) auf freien Fuß gesetzt. Schließlich aber wurde das Verfahren am 24. Juli 1923, nach zehnmonatiger Dauer durch Beschluß des Ferienstrassensats beim Reichsgericht (A. 3. 6 J 105/22; XIV 404/23) auf Kosten der Reichsstaatskasse eingestellt. Als Grund für diese Einstellung wurde angegeben, daß „Straffreiheit auf Grund des Auftrags des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918“ vorliege. Zu dieser Erkenntnis hatte das Reichsgericht und die Reichsanwaltschaft also zehn Monate gebraucht, obgleich der Angeklagte bei seiner ersten Vernehmung bereits darauf hingewiesen hatte!

Trotz alledem ist dem einmal freigesprochenen und zum zweitenmal unterdrückterweise in Haft genommenen Beschuldigten bis heute jede Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft verweigert worden. Es ist begreiflich, daß er sich fragt, ob das gleiche Verfahren gegen ihn angewandt worden wäre, wenn er einer monarchistischen Putschorganisation angehört hätte. Vielleicht gibt der Justizminister bei der Beratung seines Staats im Preussischen Landtag auf diese Frage erschöpfende Auskunft...

Die Angelegenheit Giesche-Harriman.

Wie eine deutsche Handelskammer sie beurteilt.

Die berüchtigte Angelegenheit der Uebertragung der wichtigen Zinträgen des schlesischen Giesche-Konzerns an die amerikanische Harriman-Anacordagruppe, die nach Abweisung des preussischen Kaufangebots erfolgte, soll bald erledigt werden. Die im polnischen Teil gelegenen Zintrückhaltungswerke, die sich zu 100 Proz. im Besitz des Giesche-Konzerns befanden, werden von der Harriman-Gruppe übernommen werden, nachdem das polnische Parlament die Giesche-Werke von der Vermögensabgabe in Höhe von 30 Millionen befreite und auch andere Erleichterungen zugestanden hat. Es sind nur die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die der preussische Staat wegen der Uebergabe gemacht hat. Bekanntlich soll die Harriman-Gruppe für die Förderung der deutschen Zinzerträge dem Konzern nur die Produktionskosten erstatten, während sie das Zint 25 Jahre lang zu den Weltmarktpreisen verkaufen wird. Daraus und aus der Monopolisierung des Zintmarktes erwächst eine ernste Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft. Die preussische Regierung war nun bestrebt, kraft ihres Rechts zur Oberaufsicht wenigstens die größten Nachteile aus dem Vertrag auszufalten, und an dem Vertrag wurden derartige Änderungen vorgenommen, daß die haupt-

sächlichsten Interessen der deutschen Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade gewahrt bleiben. Die größte Schwäche besteht darin, daß die deutschen Zinzerträge im polnischen Teil des Giesche-Konzerns veräußert werden müssen, und daß die gegenwärtigen Verhältnisse die Schaffung einer neuen Zintrückhaltungsanlage auf dem deutsch-schlesischen Gebiete nicht gestatten.

Es ist nun sehr lehrreich, wie das Organ der Handelskammer von Essen zu der Giesche-Harriman-Frage Stellung genommen hat. Diese Handelskammer hat kürzlich die Unternehmungsverträge, die an Scharfmachertum alles Frühere überboten hat, veranstaltet. Die Veröffentlichungen in ihrem Organ „Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“ dürften die Ansichten der Großindustrie des Ruhrbezirks widerspiegeln. Das Handelskammerblatt stellt eingangs dar, wie die unverantwortliche Geschäftspolitik zum Zusammenbruch des Giesche-Konzerns führte, wie der Konzern während der Inflationszeit wahllos Del-, Kalk-, Porzellan-, chemische, Glaswerkzeuge usw. zusammenkaufte, und auch in der Tschekoslowakei unrentable Betriebe aufkaufte (allerdings „nach bestem Wissen und Gewissen“). Es wird festgestellt, daß die Anacordagruppe ein ungeheures Geschäft machen werde. Dieser Gruppe, die bereits über 17 Proz. der Gesamtzintrückzeugung der Erde verfügt, wird damit die Gesamtzintrückzeugung Deutschlands ausgeliefert. Sie hat für 10 Millionen Dollar Werte von 400 Millionen Goldmark erworben, und sie wird bereits im ersten Jahre einen 100prozentigen Gewinn einheimen. All dies wird festgestellt, und nun sollte man erwarten, daß die Handelskammer als eine öffentliche Anstalt die Maßnahmen des preussischen Staates, gegenüber der Auslieferung der deutschen Wirtschaftsinteressen durch den Giesche-Konzern noch zu retten, was zu retten ist, mit großer Freude begrüßen würde. Nichts dergleichen ist aber der Fall. Im Gegenteil können wir in diesem Organ der Schwerindustrie folgendes lesen:

„Diese Wirtschaftspolitik (Kontrollpolitik. Die Red.) der preussischen Regierung ist nicht nur für Giesche, sondern für ganz Deutschland eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Die immer wieder neu auftauchende Einmischung Preußens in den Giesche-Harriman-Anacordavertrag zeigt in den Vereinigten Staaten allerlei unliebsame Folgen. Der Amerikaner ist nicht gewohnt, daß sich eine Regierung in die privatwirtschaftlichen Belange einmischt (eine Behauptung, die sachlich vollkommen unbegründet ist, da in den Vereinigten Staaten in Wirklichkeit schwere Eingriffe in die Privatwirtschaft zu erfolgen pflegen. Die Red.), und es ist verständlich, daß man in Amerika auf diese dort unbekanntem Rechte — oder angelegenen Rechte (!) — der Staatsregierung hingewiesen hat. Die amerikanische Presse hat sich lebhaft mit dem Vorgehen Preußens gegen das Harriman-Anacordavertrag beschäftigt, und es ist nur dem Eingreifen von Harriman-Anacordavertrag zuzuschreiben, daß nicht eine wesentliche Bestimmung gegen Deutschland in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten Platz gegriffen hat. Die preussische Regierung spielt mit dem Feuer, wenn sie sich immer noch nicht beschreidet.“

Und in diesem Sinne geht es noch weiter. Die preussische Regierung soll sich also in die „Belange“ der Privatwirtschaft nicht einmischen, selbst wenn Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft gefährdet sind. Das Handelskammerorgan der Schwerindustrie hält es für sehr verständlich, daß in Amerika die Ausübung dieser dort unbekanntem oder angelegenen Rechte, wie sich das Blatt ausdrückt, Mißfallen erregt, und will mit diesen Ausführungen dazu beitragen, daß dieses Mißfallen noch vergrößert wird. Alle Achtung vor einem solchen wahrhaft „patriotischen“ Vorgehen!

Der Preussische Landtag nimmt heute seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung der Volltagung steht neben kleinen Vorlagen die Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts des Ministeriums für Volkswirtschaft.

Fern von Locarno. Die deutschen, österreichischen und ungarischen Korrespondenten in Bukarest stellen jede Berichterstattung über Rumänien ein als Protest gegen die Weigerung des Außenministers Rittlinien, mit den Journalisten der ehemaligen feindlichen Staaten Fühlung zu nehmen.

Grenzkonflikt in Südamerika. In einem Grenzkonflikt Peru-Bolivien wurden zwei Personen getötet. Die Grenzschutztruppe von Peru in La Paz wurde mit Steinen beworfen.

Frühling am Meeresstrand.

Von Wilhelm Schmidbom.

Wahrhaftig, allzu schreckhaft ist hier, in der unbefangenen Natur, der Tauch zwischen Licht und Finsternis, Frost und Feuer, Leben und Tod, als daß es mit ein paar grünen Blättern abgetan wäre. Alles ist hier Kampf. Auch der Frühling, anderswo mild herniedererschwebend, muß hier kämpfen. Um so herrlicher wird sein Sieg sein. Da ist der Rebell. Von Meer und Land zugleich steigt er auf, beide brüderlich vereint. Wie göttlich, im Element ausgegangen, steht er mit gerechten Armen, atmet, leidet, schreit, den Lippen! Jeder Schiffer, der vom Strand entgegengerufen ist, ein Krieger, Archimedes, Schwarz und abenteuerlich kommt er aus dem fernen Weiß her, das Herz steht still, aber mit drei Schritten steht er unermüdet in Armbränge da, geht vorüber und ist nicht größer als irgend ein anderer Schiffer. Von den anstehenden Wellen sind nur die drei ersten Striche zu sehen. Eine Wauer hebt sich, findet kein Ende, wie hoch will sie noch steigen? Unheimlich schnell kommt sie näher, bricht sich in weißem Gesäum, als solle die Welt neu geschaffen werden. Aber das gewöhnliche Ohr läßt sich nicht so leicht täuschen wie das Auge. Es hört, daß der Raum nicht höher steht als immer, niehoch, und nicht länger zum Niedersturz braucht als immer, eine Sekunde. Hinter der schwarzen, sich rasselnd erneuernden Wauer die keinem Bild geöffnete Unendlichkeit. Der Weltraum selbst. Heulbojen rufen daraus, Stimmen klagender Seelen.

Schwärzt sich das Weiß zu Nacht, dann wächst im Herzen jenes Grauen auf, das kein Dampenschloß in enger Stube wegzutreiben vermag. Dann kommt der Sturm, in der Nacht, wie alle Gelsenfiter. Die aus Haus geworfene Waden, die stürzenden Dachziegel reifen aus dem Schlaf. Ein pfeifender Ton zieht draußen durch die Nacht. Der Schein des Mondes verschwindet aus dem Zimmer, das Zimmer wird schwarz. Das Fleischn wird von einem fernen Donner überhüllt. Mit einem Male ist der Donner über dem Haus. Das Haus zittert. Fällt eines von uns in der Finsternis gegen einen Stuhl, so hört man den Arm des Stuhles nicht. Der Hund kriecht unter das Bett, wir rufen ihn und müssen schreien, ohne gehört zu werden. Wir öffnen mit aller Kraft das Fenster, es geht nach außen auf, und es ist, als drücken zehn Männer dagegen. Man unterscheidet in dem Geheul des Windes das heile Klagen der Brandung — einen Augenblick, dann reißt der Sturm das Fenster aus den Händen. Im Morgen, den wir kaum erwarten können, und dessen Wiederkehr uns nie mehr möglich scheint, steht über den Dünen ein gelber Hauch — der von den Gipfeln getriebene Sand. Wir gehen hinaus. Der Sturm wirt uns in die Tür zurück. Der Sand schlägt uns ins Gesicht, schmerzend mit Wellern. Vorbeugt, nach Atem ringend, nach drei Schritten einen zurückgetriebenen, kämpfen wir Kleinen uns durch zum Meer. Wir stehen, wenn das Stechen ist, die Arme um's Gesicht geschlagen, nur ob und zu einen Blick durch die Spalte zwischen den Armen wogend. Wo sonst nur drei, vier Grate schäumen, wälzen sich jetzt tausend Reihen hintereinander, jede über die andere weg, hoch, höher steigt das, braucht lange, um die Höhe zu erreichen, lange, um den niedersinkenden Schaum mit dem allgemeinen Gesicht zu vereinen. Jede umbrechende Welle wird zu einem

rasenden Wasserfall. Hinter den aufgereihten, ewig heranziehenden und ewig an der Stelle bleibenden Ketten der Brandung das unregelmäßige Gemirr der schwarzen Berge und weißen Wände. Fern ein Bann, segellos, steuerlos im Kreise gerissen. Ueber Schaum und Boot, das Wasser beruhend, treibt der schwarze Himmel in ungeheurer Schnelligkeit heran. Das ist der Frühling dieser Insel.

Aber, ein paar Tage später, plötzlich, die Schuhe schwer aus dem Sand aufhebend, sehe ich die erste kleine Blume. Sie ist weiß, hat noch nicht die Kraft zur Farbe. Es muß ihrezeit sein, daß die Berchen heute zum ersten Male lächeln. Ich stehe wahrhaft erschreckt und sehe mich um, als suche ich ihrer mehr. Aber in Wahrheit suche ich nur nach einem zweiten Menschen, dem ich das Wunder künden könnte. Ich bücke mich, um die Blume zu pflücken, lasse behutsam den Stengel tief an der Erde an. Aber ich lasse sie stehen, gehe über die Heidehügel zum Meer. Reiner selbst spottend, merke ich, daß ich auch hier nach Menschen suche, zu denen ich reden könnte, von dem Unerhörten: eine weiße Blume. Ein Fischer kommt daher, doch ragt sein Hut in den Himmel. Er schaut vorbei, auf's Meer. Und ich gehe vorüber, stumm, voll lächerlicher Scham, in mir verschlossen tragend der Wundermächtigsten: eine kleine weiße Blume.

(Mit Erlaubnis des Drei-Masken-Verlages, München, der „Unerschrockenen Insel“ entnommen.)

Der Männerchor „Einigkeit-Berlin Mitte“ bezieht im Saalbau Friedrichshain das Fest seines 50jährigen Bestehens. Als ein Chor, dessen ständlicher Einsitz immer stark war, hat er stets lebhaft an den politischen Bewegungen teilgenommen. Eine allen Teilnehmern überreichte Festschrift berichtet über die mannigfachen Schicksale des Vereins und einzelner seiner Mitglieder. In dem mit Fahnen reichgeschmückten Saal entwidelte sich ein lebhaftes Treiben. Mit Sachs-Groll-Fantastik für Orgel wurde die eigentliche Feier eingeleitet. Herr Manfred Langer spielte das Werk auf der dem Raum nicht gewachsenen Orgel. Sollte es in einem so großen Unternehmen nicht möglich sein, das Instrument umzubauen und zu vergrößern? Der Verein lang am Anfang und zum Beschluß des Abends unter seinem Chormeister B. Spott gut diszipliniert, mit schönem Klang und in Feststimmung drei unbesetzte Chöre und ein längeres Werk mit Orgel. Der Gauonsitzende Paul Schneider fand herzliche und anregende Worte in seiner Ansprache. Der gemischte Chor Norden, die Chöre Prenzlauer Berg, Bondonium, Verhe-Glockenklang, Morgengrauen und der Berliner Lehmann-Chor wirkten mit.

Islamische Erwerbungen für das Berliner Museum. Die Islamische Abteilung der staatlichen Museen eröffnete eben im Reichstagsaal des Kaiser-Friedrich-Museums eine Ausstellung von Neuerwerbungen und Geschenken. Die meisten dieser Geschenke wurden aus einem Fonds erworben, den Freunde und Gönner der Abteilung anlässlich des 60. Geburtstages ihres Direktors Prof. Dr. Friedrich Sarre stifteten. Darunter sind ein indopersischer Brustpanzer des 16. Jahrhunderts mit Weinranken in zarter Goldschmelzung, eine für den Schah Abbas I gefertigte persische Truhe in Lackmalerei und verschiedene, meist frühislamische Japanen aus Grabungen in Nordpersien. Aus eigenen Mitteln erstand die Abteilung eine für die berühmte Bibliothek des Prinzen Saifonour im

Jahre 1420 hergestellte persische Anthologie mit schönem Stierwerk und hervorragenden Miniaturen; dann eine Reihe früher Papieren aus Westturkestan, die bisher in der Sammlung nicht vertreten waren, und einen vorzüglich erhaltenen Gebetssteppich aus Seidenbrokat, der zu der Türkenbeute der schyrischen Fürsten gehört hat. Die Ausstellung bleibt bis Mitte Mai geöffnet.

Wie der Erdgeruch entsteht. In diesen Wochen, da die Natur erwacht und die regenfeuchte Erde ihre uralte Fruchtbarkeit neu entfaltet, ahnen wir nach langen Wintermonden auch wieder beglückten den wirzigen Erdgeruch, der uns besonders auf der ausgeworbenen Ackertrümme entgegen schlägt. Wie entsteht dieser Duft, den die moderne Dichtung geradezu zum Sinnbild der „Mutter Erde“ gemacht hat? Die Frage danach haben sich die Menschen immer vorgelegt, aber erst gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts gelang es zwei französischen Forschern, Berthelot und André, den Geruch durch das Vorhandensein einer organischen Verbindung im Boden zu erklären. Wie Dr. Hugo Rühl jetzt in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführte, wurde diese Annahme durch einen deutschen Forscher Rullmann bestätigt, der den Ruchstoff in Form kleiner, das Licht doppelt brechender Kristalle in chemisch reiner Form darstellte. Ihm gelang es auch, den Erdgeruch auf biologische Ursachen zurückzuführen, denn er erkannte ein Bakterium als Erzeuger des Ruchstoffes, dem er den Namen Cladothrix odorifer gab. Jedoch irrte er sich in botanischer Hinsicht, denn dieser „Geruchsträger“ wurde später auf Grund seiner morphologischen und biologischen Eigenschaften als ein Strahlenpilz erkannt und auf den Namen Actinomyces odorifer getauft. In jeder Ackererde, auf Gräsern, Stroh und Getreideähren finden sich diese Strahlenpilze, und ihre Kultur ist so einfach, daß sie auch dem Laien gelingt. Damit ist der Natur das Geheimnis des Erdgeruches entrissen worden. Man hat den Pilz unter verschiedenen Lebensbedingungen gezüchtet und auf Gelatinedröbden auch geruchlose Kolonien gewonnen. Wurden aber diese geruchlosen Kolonien auf kohlenhydratreiche Nährböden übertragen, so trat stets der Geruch der atmenden Erde auf.

Eine Vorführung der Schule für Gymnasial- und Lehr (Erlaube Julia Klamm) findet am 22. nachm. 1 Uhr, anlässlich der Reichsgeburtstagsfeier im Vortragssaal der Hagienstraße, Kaiserbaum, statt.

„Recht und Jus“ oder „Wie aus dem Recht Jus wurde“ ist das Thema eines Vortrags im Lehrling-Kollegium, Bräckerstr. 13, am 24. nachm. 8 Uhr, in dem der Deutsche Pädagogische Studentenbund aus der Bibel, deutschen „Rechtswörter“ und Volksgesängen und den Werken von Kabbala, Talmud, Rischon, Goethe u. a. lesen läßt. Eintritt frei.

Das 10-tägige Ballet von H. A. Müller wird am 22. einen Tagabend im Bühnenpalast geben, wobei nur eigene Kompositionen von Bedeulem Müller aufgeführt werden.

In der Neuen Kunstausstellung, Tauentzienstr. 5, findet vom 28. April bis 28. Mai eine Kollektiv-Ausstellung des Poeten H. H. Herffmann statt.

Die 10-tägige Ausgabe der Berliner Akademie. Die preussische Akademie der Wissenschaften läßt jetzt von ihrer großen, seit Jahrzehnten vorbereiteten Ausgabe der sämtlichen Schriften und Werke ihres Begründers Gottlieb Wilhelm Leibniz den zweiten Band erscheinen. Es ist der erste Band des philosophischen Briefwechsels von Leibniz, während bisher nur ein Band des allgemeinen, politischen und historischen Briefwechsels seit zwei Jahren vorliegt.

Kommunistische Reinigung.

Ausschluss der Reichstagsabgeordneten Korsch und Schwarz.

Der Kommunismus hat in Deutschland seit seinem Bestehen zweimal einen Höhepunkt erreicht. Die Demobilisierungskrise und die Inflationsskriege sind die wirklichen Ursachen der vorübergehenden starken Steigerung des kommunistischen Einflusses auf einen Teil der Arbeitermassen in Deutschland. Was sonst noch beeinflussend mitgewirkt hat, tritt an Bedeutung gegenüber diesen Tatsachen vollständig in den Hintergrund. Seinen festen Stützpunkt hat er außerdem in den reichlichen Subventionen der russischen Regierung, ohne die er organisatorisch längst zerrieben wäre. Nach dem Abbeben der Demobilisierungskrise beginnt 1920 bereits zum ersten Male die Zerlegung und das Rückstufen der kommunistischen Bewegung. Nach dem kampfhaften Vorstoß der Märzklämpfe von 1921 endete die Politik der KPD im Brandlerismus, der im Januar 1923 in Leipzig die Partei bis an die Tore der Spaltung führt.

Die Katastrophe der stürmischen Inflation und des Ruhrkampfes warf den Kommunisten noch einmal das von ihnen selbst unerhoffte und erst sehr spät erkannte Gesicht einer starken kommunistischen Welle in den Schoß. Freilich war diesmal schon die neue Welle von einer mindestens ebenso starken nationalistischen Parallelbewegung begleitet, die objektiv sicher gefährlicher gewesen ist als die kommunistische Bewegung. Der ideologische Ausdruck dieser Periode ist die überhöhte, krampfartige, hysterische Politik der Ruth-Fischer-Raslow-Zentrale, die sich aber doch bald überschlug. Der „Etki-Brief“ der Komintern liquidierte die Führung der Ultrasinken und brachte den Abstieg zum bequemen Reformismus.

Die Ursachen dieser Wandlung, deren Ende keineswegs erreicht ist, liegen in der offenkundigen Hoffnungslosigkeit der revolutionären Phrasendrescherei (siehe die Wahlmiederlage der KPD) und in der Entwicklung der russischen Verhältnisse. Die russischen Bolschewisten sind der Meinung, daß man „den Sozialismus nicht mit Glacéhandschuhen aufbauen“ kann und haben sich entschlossen, sehr energisch und sehr brutal solche fröhlich kapitalistische Methoden anzuwenden, die sie in anderen Ländern als Gipfel der Gemeinheit bekämpfen. Ihre Sanierung vollziehen sie unter dem Druck des wirtschaftlich erstarrten Bauerntums immer mehr auf Kosten der Arbeiterklasse und unter Anerkennung der wirtschaftlichen Forderungen der ausländischen und inländischen Bourgeoisie.

Dadurch verschärft sich die Krise in der deutschen kommunistischen Partei. Wie gering der Einfluß der kommunistischen Bewegung objektiv geworden ist, zeigt ihre Schwäche in den Gewerkschaften und noch deutlicher vielleicht ihre Einflußlosigkeit auf die Arbeitlosen. Naturgemäß ist die Folge eine immer stärkere Rebellion der linken Strömungen in der kommunistischen Partei. Tagaus, tagein muß sich die „Rote Fahne“ mit innerparteilichen Auseinandersetzungen in spaltenlangen Abhandlungen beschäftigen. Jetzt hat eine „Konferenz der verantwortlichen Sekretäre und Redakteure“, d. h. eine Konferenz, der von der russischen Regierung bezahlten und angestellten Agenten zur „Lage in der Partei“ Stellung genommen. Das Ergebnis ist das gewünschte. Nach der „Roten Fahne“ hat sich folgendes ergeben.

„Die Konferenz hat eindeutig festgestellt: „Die Gruppe Korsch-Schwarz hat sich durch ihre offene konterrevolutionäre Oppositions- und Fraktionstätigkeit außerhalb der Reihen der Kommunisten gestellt.“ Ihre Argumente sind die der russischen weisheitsvollen Emigration von Miljutin bis Dan und aller Defektoren aus dem Lager des Kommunismus von Levi bis Suparin. . . . Korsch hat es natürlich abgelehnt, das ihm von der Partei anvertraute Reichstagsmandat niederzulegen. Die Konferenz fordert die Anwendung aller zweckmäßigen Maßnahmen zur kürzesten Liquidierung dieses antibolschewistischen Gruppchens. Die deutsche Arbeiterklasse wird über diese feilschgedankenen Agenten Chamberlains, mögen sie in der Gestalt des Druckereistürmers Rorsch oder des revolutionären Professors Korsch auftreten, zur Tagesordnung übergehen.“

Die Gruppe Korsch-Schwarz ist aber nicht das einzige Sorgenkind der KPD. Der nächste Feind, der erledigt werden muß, ist die Gruppe Ruth Fischer-Raslow-Urbahns. Ueber diese Gruppe verkündet die „Rote Fahne“:

„Die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer ist das schwankendste, hoffloste Element in der kommunistischen Partei Deutschlands. Sie ist es jetzt mehr denn je. . . . Eine klare ideologische Linie zieht sich in allen entscheidenden Fragen der kommunistischen Theorie und Praxis von Urbahns-Ruth Fischer bis zu Korsch-Raslow. . . . Sie sind objektive Agenten des Reformismus in unserer Partei. . . . Das Feuer des innerparteilichen Kampfes muß gegen diese Gruppe gerichtet werden, bis zur völligen Überwindung ihrer ultralinken Fehler, die den inneren Wachstumspfeil der Partei hindern und ihre Schlagkraft lähmen.“

Im übrigen legt gegen die Sünder eine massige Schimpfkanonade ein: „unkommunistische, zum Teil gegenrevolutionäre Ideologie“, „Methode der doppelten Buchführung des Betruges, der Hinterhältigkeit und Diplomatie“, „feige Prinzipienlosigkeit“, „verwerfliche Versuche, Unruhe zu stiften“, „vulgäre Vergrößerung der alten menschewistischen Theorien“, „Flügelstruppen im Angriff der bürgerlichen Konterrevolution“, „Meinbürgerliche Begleitmusik zu der Locarno-Hochkampagne des englischen Imperialismus“ u. m. Schließlich erklärt die Konferenz feierlichst unter dem allerhöchsten Segen der Komintern:

„Eine Prüfung muß alle revolutionären Arbeiter zu dem Ergebnis kommen lassen, daß diese Leute mit dem Kommunismus gar nichts mehr zu tun haben und durch ihre ultralinken Theorien nur ihre Defektion aus dem Lager der Arbeiterklasse bemanteln.“

So sind also nach Korsch auch Schwarz und Schwarz hinausgeworfen und der Hinauswurf Ruth Fischers, Raslows, Urbahns steht unmittelbar bevor. Dafür ist Ernst Meyer offiziell und feierlich wieder in Gnaden aufgenommen und alle, die mit Brandler zusammengearbeitet haben, kehren zurück. Ihre Sünden sind vergeben. Die kommunistische Partei wird an dem bevorstehenden Hinauswurf der Ruth Fischer noch lange zu tun haben und dann wird sie noch demütigter um Wohlwollen und Entgegenkommen beim großen Bruder bitten, je mehr sie erkennen wird, daß ihr demagogisches Gefesse auf niemanden mehr Eindruck macht.

Die Liquidation des Kommunismus ist unaufhaltsam.

Große Unterschlagungen.

Beim Reichsverband der Automobilindustrie.

Seit ungefähr drei Wochen beschäftigt sich die Berliner Kriminalpolizei mit Unterschlagungen beim Reichsverband der Automobilindustrie. Der Verband, der seinen Sitz unter den Linden 12/13 hat, läßt seine Bücher jedes Jahr durch einen vereidigten Revisor kontrollieren. Außerdem kontrollierte von Zeit zu Zeit eine Treuhändergesellschaft. Während der Bücherrevisor bisher keine Unregelmäßigkeiten und Verrechnungen festgestellt hatte, entdeckte die Treuhändergesellschaft jetzt Unregelmäßigkeiten, die den Reichsverband veranlassen, die Kriminalpolizei zu benachrichtigen.

Die Ermittlungen des Polizeiamts Mitte führten dazu, daß am 8. d. M. der 35 Jahre alte Kassierer des Verbandes Bruno Schäufli, aus der Gerolsteiner Straße 10, verhaftet wurde. Schäufli gibt zu, in den letzten 1 1/2 Jahren noch und noch 60 000 M. unterschlagen und diese Veruntreuungen durch Fälschung von Kassenbüchern und Quittungen verdeckt zu haben. Ob das die ganze Summe der Unterschlagungen ist, steht noch nicht fest. Der Gesamtbetrag soll noch höher sein. Schäufli bestreitet das jedoch, und es ist bisher auch noch nicht festgestellt. Der Verhaftete lebt mit seiner Frau in Scheidung. Es ist ihm nachgewiesen, daß er weit über seine Verhältnisse lebe. Wahrscheinlich hat er alles unterschlagene Geld in den Zielen und Langbars des Westens, in denen er mit guten Freunden und leichtlebigen Mädchen zu verkehren pflegte, durchgebracht. Im Laufe der Vernehmungen, die täglich beim Polizeiamt Mitte stattfanden, tauchte der Verdacht auf, daß bei diesen Veruntreuungen auch andere Angestellte des Verbandes ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Das geschäftsführende Vorstandsmittglied Dr. jur. Kurt Sperling, vom Karlsbad 25, und ein weiterer Angestellter, Franz Hilsmann, wurden von der Direktion einmündig ihrer Ämter enthoben. Beschuldigt wird außerdem ein Angestellter Kurt l'Orange, der am 1. März d. J. aus seiner Stellung geschieden ist. Ob und inwieweit der Verdacht nach diesen Richtungen zutrifft, läßt sich noch nicht sagen. Die Ermittlungen, die jetzt das Sonderdezernat, die Kriminalinspektion B., leitet, sind noch nicht abgeschlossen. Gegenstand der Untersuchung ist dabei die Einführung von 50 Stern-Bogen durch zwei Berliner Automobilhandelsfirmen, die Dr. Sperling früher als Reichskommissar für das Ein- und Ausfuhrwesen über das Kontinent hinaus zugelassen haben soll. Die Vermutung, daß er dafür Zuwendungen erhalten habe, scheint aber nach dem bisherigen Stande der Ermittlungen nicht zuzutreffen. Untersuchung wird ferner noch, ob Dr. Sperling eine hohe Summe des Reichsverbandes, weit über 700 000 M., mit oder ohne Berechtigung von Reichsverband auf eine Inflationsbank überwiesen hat und ob das Geld dort noch vorhanden ist. Alle diese Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Privatanklagen Dr. Sperlings wurden bei dem verhafteten Kassierer gefunden und beschlagnahmt, andere wurden von l'Orange und Hilsmann zur Verfügung gestellt. Sie müssen noch gründlich untersucht werden, damit festgestellt werden kann, was für eine Bedeutung sie in dem ganzen Verfahren haben. Dr. Sperling selbst wird im Laufe des heutigen Tages von der Kriminalpolizei vernommen werden.

Zu dieser Aufsehen erregenden Angelegenheit erfuhren wir noch folgende Einzelheiten: Die ersten Mitteilungen, daß im Reichsverband nicht alles mit rechten Dingen zugehe, stammen von einem Angestellten l'Orange, der im Dezember geflüchtet worden war und der einer Anzahl bekannter Direktoren und Leiter großer Automobilfabriken vertrauliche Mitteilungen gemacht hatte. Vor allen Dingen wurde betont, daß der Kassierer Bruno Schäufli sich Unregelmäßigkeiten habe zuschulden kommen lassen, die bereits mehrere Jahre zurückliegen und die auffallenderweise von dem Buchrevisor Huppertz bisher nicht beanstandet worden seien. Aus diesem Grunde traten eine Anzahl Herren aus der Automobilindustrie zusammen und in aller Stille wurde eine Treuhändergesellschaft mit der Nachprüfung der Bücher beauftragt, ohne daß die bisherigen Leiter des Reichsverbandes, besonders Dr. Sperling, hierin in Kenntnis gesetzt wurden. Die Treuhändergesellschaft stellte dann auch die oben mitgeteilten Veruntreuungen fest.

Der Reichsverband der Automobilindustrie teilt uns auf Anfrage mit: Die Darstellungen über die Verluste beim Reichsverband der Automobilindustrie in mehreren heutigen Zeitungen sind in verschiedenen Punkten unrichtig. Bevor aber hierzu Stellung genommen werden kann, muß erst das Ergebnis der im Gange befindlichen Untersuchungen abgewartet werden. Schon heute aber müssen als völlig unzutreffend die Mitteilungen bezeichnet werden, die sich auf die Persönlichkeit des stellvertretenden Geschäftsführers im Reichsverband der Automobilindustrie, Herrn Albert Hilsmann, beziehen. Herr Hilsmann ist noch wie vor in unserem Hause als stellvertretender Geschäftsführer beschäftigt und durch die Vorgänge in keiner Weise betroffen. Unrichtig ist auch die Höhe des erwähnten Betrages, der erheblich niedriger ist, als angegeben und zum größten Teile durch Grundstücksübertragungen gedeckt ist.

Körperpflege durch Körpererziehung.

Im Vortragssaal der Hygiene-Welt am Kollertdamm veranstaltete die Bode-Schule praktische Vorführungen der Ausdrucks гимнастика. Ausgehend von den körperlichen Grundbewegungen, dem Gehen und Laufen, wird hier für jede Ausdrucksform eine schöne, harmonische Bewegung und Stellung geschaffen. Diese gymnastischen Übungen veranschaulichen die volle Herrschaft über die Bewegungsmöglichkeiten der einzelnen Körperteile. Durch die richtige Anwendung der betreffenden Körperpartie bei den verschiedenen Ausdrucksformen wird jede Anstrengung und dadurch entstehende unschöne Bewegung vermieden. Leicht und frei entwickeln sich auch von selbst schöne, ausgeglichene Formen. Die Übungen sollen außer der gymnastischen Grundlage auch die richtige Ausdrucksform für die körperlichen Ansprüche im praktischen Leben verleihen und sind auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet recht interessant. Die Vorführungen wurden durch einen Vortrag des Anstaltsleiters Heinrich Weber über das Werk Dr. Bode's eingeleitet, hiernach erfolgten die Vorführungen durch Schülerinnen der Anstalt. Erst die Entstehung der einzelnen Bewegungen, dann die gebundene Form mit angepaßter musikalischer Begleitung. Aus dem starken Beifall und der dichten Fülle des großen Saales konnte man das starke Interesse des Publikums feststellen.

Weibliche Kriminalpolizei.

Die Berliner Kriminalpolizei, bei der bisher Frauen lediglich als Kriminalgehilfen tätig waren, wie der Polizeipräsident mittelt, wird mit Zustimmung des Ministeriums des Innern demnächst Frauen auch in Beamtenstellen der Kriminalpolizei beschäftigen. In Betracht kommen jedoch nur solche Damen, die die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin besitzen. Die Damen werden, wenn sie sich für den Dienst als geeignet erweisen, nach einer Ausbildungszeit zunächst probeweise in freien Kriminalsekretärstellen (Gehaltsgruppe VI) eingestellt, wobei die Möglichkeit besteht, daß sie später zum Kriminalkommissar aufrücken können. Frauen, die sich für diesen Beruf interessieren und sich für geeignet halten, können Meldungen mit Lebenslauf an den Leiter der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium Berlin richten.

Aureiferntwesen in der Staliger Straße.

Man schreibt uns:

In der Staliger Straße betreiben etwa 30 Trädler ihr Gewerbe und zwar in einer Art und Weise, die an die Zustände am Mühlendamm seligen Andenkens erinnert. Von den Geschäftsinhabern selbst, zum Teil durch drei bis vier Angestellte sogenannter Anzeiger und Schnapper werden Vorübergehende angehalten und zum Kaufen aufgefordert. Dieses Treiben nimmt besonders am Wochenende einen beispiellosen Umfang an. Das

Publikum wird oft in der widerwärtigsten Weise belästigt. Dieses Geschäftsgebaren hat sich zu einer wahren Straßenplage entwickelt und die Geschäftsleute und Einwohner haben bisher dagegen vergeblich anzulämpfen versucht. Alle Klagen und Maßnahmen konnten bisher keine Abhilfe schaffen. Die Polizei ist wiederholt eingeschritten und hat ihr Möglichstes getan, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Beomeie in Uniform und auch Kriminalbeamte stellten auf ihren Streifen die ärgsten „Straßenhändler“ fest. Die Geschäftsinhaber wurden zwar mit größeren Geldstrafen belegt, diese wurden anstandslos bezahlt, was aber keineswegs zur Besserung der Verhältnisse beitrug. Jedenfalls handelt es sich um eine ganz üble Unsitte und wenn Geldstrafen nicht ziehen, sollte man den „überbüchtigen“ Geschäftsleuten einmal den Laden auf einige Zeit schließen, was dann bestimmt zu einer Verbesserung der Verhältnisse beitragen würde.

„Rosenmontag.“ Eine Liebestragödie.

Eine entsetzliche Liebestragödie erlebte heute morgen der Postbote Hirsch, als er vom Nachdienst nach seiner Wohnung am Ostbahnhof 10 zurückkehrte. Dort fand er seine Frau und seinen Freund, einen gewissen Bid aus der Wienerstr. 18, durch Schüsse schwer verletzt auf, während sein drei Jahre alter Sohn mit drei Schußwunden im Kopfe tot in seinem Bett lag.

Bid, der mit der Familie schon länger befreundet war, besuchte mit Hirsch und Frau gestern abend den „Rosenmontag“ in einem Lustspieltheater und begleitete dann Hirsch nach seiner Dienststelle am Schlesischen Bahnhof. Von dort ging er in die Wohnung seines Freundes zurück. Heute früh hörten Hausgenossen starke Geräusche in der Behausung, achteten aber nicht weiter darauf. Erst Hirsch selbst entdeckte die Tragödie, die sich abgepielt hatte. Aus Abschiedsbriefen, die er fand, ging hervor, daß Bid hinter seinem Rücken eine Liebschaft mit Frau Hirsch angeknüpft hatte und daß beide überein gekommen waren, gemeinsam zu sterben und das Kind in den Tod mitzunehmen. Sie hatten eine Schale mit Sand auf den Tisch gestellt und sogenannte „Lebenslichter“ hineingesteckt. Bid muß dann zunächst den Knaben getötet und hierauf Frau Hirsch und sich selbst zu erschießen versucht haben. Das Kind war bereits verstorben. Bid und Frau Hirsch gaben noch Lebenszeichen von sich und wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Todesurteil gegen einen Gattenmörder.

Seit zwei Tagen verhandelte das Potsdamer Schwurgericht gegen den 35jährigen Arbeiter Reinhold Prokrow aus Brandenburg, dem zur Last gelegt wurde, seine 29jährige Frau Antonia Reichard am 26. Januar in Brandenburg mit einer Zuckerschur im Schlafe erschossen zu haben. Der Angeklagte, dem ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, hat ein wahres Marterium in seiner kaum halbjährigen Ehe durchmachen müssen, denn die Verstorbenen war nach Angabe der Zeugen ein Drogue in Menschengestalt. Am dem beisehenden Abend nahm der Angeklagte eine Zuckerschur mit ins Bett und um Mitternacht, als die Frau in tiefem Schlafe lag, legte er ihr die Zuckerschur um den Hals und zog zu. Etwa 10 Minuten lang drückte der Mörder mit seinem Körpergewicht den sich wendenden Körper in die Kissen hinunter. Dann legte sich Prokrow feierlich ins Bett und holte am nächsten Tage einen Arzt, dem er vorkam, daß seine Frau Selbstmord verübt habe. Der Arzt der Landesirrenanstalt Gorden gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte in einem sogenannten Affektzustande gelebt habe, demnach könne seine Tat auch eine Affekthandlung darstellen. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten des Mordes für schuldig. Es wurde auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Opfer seines Berufes. Durch die unverantwortliche Leichtsinigkeit eines Kraftwagenführers wurde gestern nacht an der Kreuzung Bürgerstraße-Friedrichstraße der dort Streifen dienende Linden Überwachmeister Relemann von der 2. Bereitschaft schwer verletzt. Entgegen den Verkehrsvorschriften wollte der Chauffeur an der Straßenkreuzung einen anderen Kraftwagen überholen. Hierbei wurde der Polizeibeamte von dem Wagen erfasst. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe, von wo er dann nach dem Städtischen Krankenhaus übergeführt wurde. Hier wurden schwere Kopf- und innere Verletzungen festgestellt.

Ein Zitherkonzert veranstaltete die Deutsche Zitherkonzertgesellschaft in der Aula des Reudoliner Gymnasiums. Man hörte dort Werte für zwei, drei und mehrere Zithern, teils mit Geigen- und Gitarrenbegleitung. Am besten klangen die Instrumente bei anspruchsvoller Musik, die den drohigen Klang der Instrumente nicht fühlbar machte. Hier liegt auch der Weg, auf dem die Zitherkunst zu pflegen ist. Die Deutsche Zitherkonzertgesellschaft bewies, daß in ihr Freunde dieses Instruments ehrliche und erfolgreiche Arbeit leisten. Ihre Darbietungen erzielten reichen Beifall.

Unterschlagene Erwerbslosenunterstützungen. Der Gemeindevorsteher von Bernsdorf, der die Erwerbslosenunterstützungen in dem Ort auszahlen hatte, sandte den Arbeitsbureau Guald Knorr nach Königs-Wusterhausen, um von dem dortigen Arbeitsamt die für diesen Zweck bestimmte Summe, 250 Mark, in Empfang zu nehmen. Knorr führte auch den Auftrag aus, aber statt das Geld abzuliefern, machte er sich einige „pernante Lage“. Vergebens warnten die Erwerbslosen auf die Zurückkunft des Bureaus, der sich indessen in Bergniggungslagen herumtrieb. Bestern glückte es dem Ortspolizisten, Knorr auf einem Nimmelpfad zu finden. Er nahm ihn sogleich fest, doch von den Erwerbslosengebern wurde bei ihm nichts mehr vorgefunden, er hatte sie immerjals von zwei Tagen durchgebracht.

Rund 100 000 Berliner Ausflügler waren am vergangenen Sonntag in Werder. Die Massen aus der Reichshauptstadt ergossen sich in der Hauptstraße aus den Eisenbahnzügen, die in Abständen von 10 Minuten in dem hanelstädtchen anlangten. Außerdem waren die Dampfer bis auf den letzten Platz gefüllt und die Automobile trafen in unübersehbaren Reihen ein. Die städtischen Behörden von Werder haben diesmal dem wüsten Handel mit Obstweinen ein Ende gemacht, so daß die Klagen über Lieberverteilung der Besucher und über störende Alkoholgeister größtenteils verstummt sind.

Eine Kassehandvorführung im Circus Busch. Der Circus Busch veranstaltet auf Anregung des Invalidenvereins „Helfer“ zusammen mit der Kassehandvorführung „Der Hund“ am Mittwoch, 21. April, im Rahmen des kürzlich erschienenen Programms eine Vorführung von Dodermann-Bintliern. Anfolge dieser Erweiterung beginnt die Vorführung, wie die Direktion des Circus Busch mittelt, an diesem Abend um 7.30 Uhr bereits um 7.20 Uhr.

Bergarbeiter Tod. Im Hafen der Seehe Redlingshausen ereignete sich ein schweres Unglück. Ein großer Teil der auf einer Schüttelrutsche liegenden Kohlen stürzte plötzlich ab. Vier Bergleute wurden verschüttet, zwei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden; die Bergleute waren durch Kohlenstaub erstickt. Die beiden anderen wurden unverletzt geborgen.

Sturm und Räte in Italien. In Palermo hat in der letzten Nacht ein heftiger Sturm eingelegt, der die Temperatur auf den Winterstand herabdrückte und zahlreiche Schäden an Häusern und Schiffen anrichtete. In einer nahegelegenen Ortschaft ging ein Hagelsturm nieder. Die Räte dauert an.

Sturmsturz in Brissak-Indien. Aus Kalkutta wird gemeldet, daß bei Kadoripur in Brissak-Indien 40 Häuser durch eine Windstöße zerstört wurden, fünf Personen wurden getötet und etwa 100 verletzt.

Der Luftverkehr Berlin-London ist am Montag durch ein dramatisches Zwischenfall unterbrochen worden.

